

**Niederschrift der 10. Sitzung des Kreistages (5. Wahlperiode) am 05.10.2016 -
öffentlicher Teil**

Datum: 05.10.2016

Zeit: 14:00 Uhr –16:23 Uhr

Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Plenarsaal

Anwesende Kreistagsmitglieder:

Landrat

Herr Dietmar Schulze Landrat

SPD/BVB-Fraktion

Herr Frank Bretsch	SPD/BVB	
Herr Mike Bischoff	SPD/BVB	(ab 14:21 Uhr)
Herr Sebastian Finger	SPD/BVB	
Herr Burkhard Fleischmann	SPD/BVB	
Frau Elke Grunwald	SPD/BVB	
Herr Herbert Heinemann	SPD/BVB	
Herr Jürgen Hoppe	SPD/BVB	
Frau Susan Jahr	SPD/BVB	
Herr Uwe Neumann	SPD/BVB	
Herr Uwe Schmidt	SPD/BVB	
Herr Wolfgang Seyfried	SPD/BVB	
Herr Sebastian Tattenberg	SPD/BVB	
Herr Olaf Theiß	SPD/BVB	(ab 14:05 Uhr)

CDU-Fraktion

Herr Wolfgang Banditt	CDU	
Herr Dr. Hans-Otto Gerlach	CDU	
Herr Reinhold Klaus	CDU	
Herr Jens Koeppen	CDU	(bis 16:23 Uhr)
Herr Josef Menke	CDU	
Herr Andreas Meyer	CDU	
Herr Thomas Neumann	CDU	
Herr Siegfried Schön	CDU	
Herr Tobias Schween	CDU	
Herr Andreas Sommerschuh	CDU	
Herr Manfred Suhr	CDU	
Herr Bernd Zimdars	CDU	

Fraktion DIE LINKE

Herr Gerhard Rohne	DIE LINKE
Frau Madlen Bismar	DIE LINKE

Frau Sieglinde Knudsen	DIE LINKE	(ab 14:05 Uhr)
Herr Heiko Poppe	DIE LINKE	
Herr Reiner Prodöhl	DIE LINKE	
Herr Günter Tattenberg	DIE LINKE	
Herr Egon Ulrich	DIE LINKE	
Frau Evelin Wenzel	DIE LINKE	

FDP-Fraktion

Herr Gerd Regler	FDP
Herr Jürgen Dräger	FDP
Herr Klaus Scheffel	FDP

Fraktion Bauern-Ländlicher Raum

Herr Jürgen Mittelstädt	BLR
Herr Rainer Korrman	BLR
Herr Achim Rensch	BLR

Fraktion Grüne/RdUM

Herr Bernd Hartwich	Grüne/RdUM
Frau Birgit Bader	Grüne/RdUM
Herr Dr. Gernot Schwill	Grüne/RdUM

NPD

Herr Sven Gläsemann	NPD
Herr David Weide	NPD

Verwaltung

Herr Bernd Brandenburg	1. Beigeordneter
Herr Frank Fillbrunn	2. Beigeordneter
Herr Karsten Stornowski	3. Beigeordneter
Herr Jörg Brämer	Büroleiter Landrat
Frau Michaela Felgener	Büro des Kreistages

Schriftführer

Herr Wolfgang Gerhardt	Büro des Kreistages
------------------------	---------------------

Abwesende Kreistagsmitglieder:

SPD/BVB-Fraktion

Herr Christian Hartphiel	SPD/BVB	entschuldigt
Herr Stefan Zierke	SPD/BVB	entschuldigt

CDU-Fraktion

Herr Volkhard Maaß	CDU	entschuldigt
Herr Henryk Wichmann	CDU	entschuldigt

Fraktion DIE LINKE

Herr Axel Krumrey DIE LINKE entschuldigt

FDP-Fraktion

Herr Dr. Alexander Genschow FDP entschuldigt

zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Seyfried begrüßt alle Kreistagsabgeordneten zur 10. Sitzung des Kreistages der 5. Wahlperiode. Des Weiteren begrüßt er den Landrat Herrn Schulze, den 1. Beigeordneten Herrn Brandenburg, den 2. Beigeordneten Herrn Fillbrunn, den 3. Beigeordneten Herrn Stornowski, die anwesenden Amtsleiter und weiteren Mitarbeiter der Kreisverwaltung, die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises, die Vertreter von Presse, Funk und Fernsehen sowie alle Gäste.

Herr Seyfried stellt fest, dass zurzeit 42 Kreistagsmitglieder anwesend sind und sich 6 Kreistagsmitglieder bis zum Beginn der heutigen Sitzung entschuldigt haben. Der Kreistag ist damit beschlussfähig.

Hereintragen der Erntekrone

Vor Einstieg in die heutige Tagesordnung weist Herr Seyfried darauf hin, dass auch in diesem Jahr traditionsgemäß wieder eine Erntekrone von den Uckermärker Landfrauen angefertigt wurde, die den Kreistagsmitgliedern und allen übrigen Anwesenden in der heutigen Sitzung des Kreistages präsentiert wird.

Er bittet anschließend darum, die Erntekrone in den Plenarsaal hereinzutragen.

(Frau Knudsen und Herr Theiß kommen um 14:05 Uhr.)

zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Herr Seyfried teilt mit, dass die Tagesordnung zur heutigen Sitzung allen Kreistagsabgeordneten form- und fristgerecht zugegangen ist.

Er nimmt Bezug auf TOP 7.2 der zugesandten Tagesordnung und informiert darüber, dass die CDU-Fraktion zwischenzeitlich eine 2. Version ihres Antrages AN/594/2016 nachgereicht hat, die die neue Bezeichnung – Vergabe von Fördermitteln für die Uckermärkische Musik- und Kunstschule Angermünde (UMKS) / DS-Nr.: AN/594/2016/1 trägt und anstelle des ursprünglichen Antrages AN/594/2016 heute zu behandeln ist.

zu TOP 2.1: Anträge zur Tagesordnung

Herr Seyfried informiert darüber, dass noch zwei nicht fristgemäß eingereichte Anträge der Fraktion Bauern-Ländlicher Raum (BLR) vorliegen, bei denen der Kreistag gemäß § 5 Absatz 3 Geschäftsordnung die Dringlichkeit festzustellen und über die zusätzliche Aufnahme in die Tagesordnung zu beschließen hat.

2.1.1 Wahl eines weiteren stellvertretenden Mitgliedes für Herrn Jürgen Mittelstädt, Fraktion Bauern-Ländlicher Raum (BLR), in den Kreisausschuss AN/601/2016

Herr Mittelstädt begründet die Dringlichkeit des Antrages mit der geringen Anzahl von drei Mitgliedern in der Fraktion Bauern - Ländlicher Raum, wodurch die Mitarbeit in den Ausschüssen aus beruflichen Gründen nicht immer abgesichert werden kann. Es sollten sich deshalb alle drei Fraktionsmitglieder gegenseitig in den Ausschüssen vertreten können.

Der Kreistag stellt die Dringlichkeit des Antrages AN/601/2016 fest und beschließt die zusätzliche Aufnahme dieses Antrages in die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

2.1.2 Benennung weiterer stellvertretender Mitglieder für die beratenden Ausschüsse des Kreistages auf Sitz der Fraktion Bauern-Ländlicher Raum (BLR) AN/602/2016

Herr Seyfried geht davon aus, dass für den vorliegenden Antrag die gleiche Begründung der Dringlichkeit gilt, wie für den Antrag AN/601/2016. Dem stimmt Herr Mittelstädt zu.

Der Kreistag stellt die Dringlichkeit des Antrages AN/602/2016 fest und beschließt die zusätzliche Aufnahme dieses Antrages in die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

Herr Seyfried bittet darum, die zusätzlichen Anträge als TOP 7.4 und TOP 7.5 in die Tagesordnung einzuordnen.

Der Kreistag stimmt der so geänderten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

Die Sitzung hat somit folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
 - 2.1 Anträge zur Tagesordnung
 - 2.1.1 Wahl eines weiteren stellvertretenden Mitgliedes für Herrn Jürgen Mittelstädt, Fraktion Bauern-Ländlicher Raum (BLR), in der Kreisausschuss AN/601/2016
 - 2.1.2 Benennung weiterer stellvertretender Mitglieder für die beratender Ausschüsse des Kreistages auf Sitz der Fraktion Bauern-Ländliche Raum (BLR) AN/602/2016
3. Bestätigung der Niederschrift der 9. Sitzung des Kreistages (5. Wahlperiode) am 15.06.2016 - öffentlicher Teil

4. Informationen
5. Einwohnerfragestunde
6. Anfragen aus dem Kreistag
 - 6.1 Beitragsfreie Kitas
AF/558/2016
 - 6.2 Breitbandausbau im Landkreis Uckermark
AF/586/2016
 - 6.3 Lückenschließung "Uckermärkischer Radrundweg" zwischen Blumenhagen-Vierraden-Schwedt
AF/587/2016
 - 6.4 Dienstaufsichtsbeschwerden
AF/588/2016
 - 6.5 Hauptamtlicher Integrationsbeauftragter
AF/589/2016
 - 6.6 Asylsituation im Landkreis Uckermark
AF/590/2016
 - 6.7 Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und Kreisverwaltung Uckermark
AF/591/2016
 - 6.8 Notunterkunft für Asylbewerber in der ehemaligen "Ehm-Welk-Grundschule" in Schwedt/Oder
AF/592/2016
 - 6.9 Schülerverkehr im Landkreis Uckermark
AF/593/2016
 - 6.10 Perspektive der Notunterkunft in der Brüssower Allee in Prenzlau und in der Berliner Str. in Prenzlau
AF/595/2016
 - 6.11 Stellungnahme zum Entwurf LEP HR
AF/597/2016
7. Anträge an den Kreistag
 - 7.1 Neubesetzung eines Mitgliedes im Beirat der ICU
AN/583/2016
 - 7.2 Vergabe von Fördermitteln für die Uckermärkische Musik- und Kunstschule Angermünde (UMKS)
AN/594/2016/1
 - 7.3 Vorsorge für Erhöhung Personalkostenzuschuss Kitas
AN/598/2016
 - 7.4 Wahl eines weiteren stellvertretenden Mitgliedes für Herrn Jürgen Mittelstädt, Fraktion Bauern-Ländlicher Raum (BLR), in den Kreisausschuss
AN/601/2016
 - 7.5 Benennung weiterer stellvertretender Mitglieder für die beratender Ausschüsse des Kreistages auf Sitz der Fraktion Bauern-Ländliche Raum (BLR)
AN/602/2016
8. Abberufung des hauptamtlichen Integrationsbeauftragten für den Landkreis Uckermark
BV/563/2016
9. Änderung der Mitglieder des Beirates für Migration und Integration
BV/565/2016
10. Terminplanung 2017 für Sitzungen des Kreistages und der Ausschüsse
BR/552/2016

11. Institutionelle Förderung des Multikulturellen Centrums (MKC) Templin.
BV/579/2016
12. Vergabe von Fördermitteln 2016 für Investitionen des Multikulturellen Centrums (MKC) Templin entsprechend der Richtlinie für die Vergabe von Zuwendungen zur Förderung von Kunst und Kultur im Landkreis Uckermark
BV/580/2016
13. Änderung des Stellenplanes 2016
BV/554/2016
14. Generelle Genehmigung von Auslandsdienstreisen des Landrates
BV/555/2016
15. Entlastung der einzelnen Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse Uckermark für den Jahresabschluss 2015
BV/551/2016
16. Berichterstattung gemäß § 29 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung zum Haushaltsjahr 2015
BR/556/2016
17. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im II. Quartal 2016
BR/557/2016
18. Bemessung des Ausgleichs für die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung auf Grundlage des Verkehrsvertrages
BV/564/2016
19. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Aufstellung und den Betrieb der Schnelleinsatzgruppe Führungsunterstützung zwischen dem Landkreis Uckermark und dem Landkreis Barnim
BV/559/2016
20. Breitbandausbau im Landkreis Uckermark
BV/575/2016
21. Bericht 1. Halbjahr 2016 - BuT-Berichterstattung
BR/568/2016
22. Konzept zur Unterbringung und Integration von Asylbewerbern, Flüchtlingen und bleibeberechtigten Ausländern
BV/524/2016/1

zu TOP 3: Bestätigung der Niederschrift der 9. Sitzung des Kreistages (5. Wahlperiode) am 15.06.2016 - öffentlicher Teil

Herr Seyfried teilt mit, dass innerhalb der vorgegebenen Frist keine Einwendungen gegen die Niederschrift der 9. Sitzung des Kreistages (5. Wahlperiode) am 15.06.2016 - öffentlicher Teil im Kreistagsbüro eingegangen sind und die Niederschrift damit als bestätigt gilt.

zu TOP 4: Informationen

Informationen des Kreistagsvorsitzenden

Herr Seyfried informiert, dass ihm ein aktuelles Buch über die Deutschen Landkreise ausgehändigt wurde und er bereit ist, dieses auch an interessierte Kreistagsabgeordnete vorübergehend auszuleihen.

zu TOP 5: Einwohnerfragestunde

Herr Seyfried stellt fest, dass keine Einwohnerfragen vorliegen.

zu TOP 6: Anfragen aus dem Kreistag

zu TOP 6.1: Beitragsfreie Kitas AF/558/2016

Herr Seyfried macht darauf aufmerksam, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 10.08.2016 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsabgeordneten ebenfalls eine Kopie dieser Antwort zur Kenntnis gegeben wurde.

Er fragt Herrn Dr. Gerlach ob er die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält, was von Herrn Dr. Gerlach bestätigt wird.

zu TOP 6.2: Breitbandausbau im Landkreis Uckermark AF/586/2016

Herr Seyfried weist darauf hin, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Zwischenantwort vom 06.09.2016 sowie eine abschließende Antwort vom 12.09.2016 erhalten hat. Als Ergänzung zum Punkt 5, 2. Absatz der schriftlichen Antwort wurde noch ein Schreiben des Wirtschaftsministeriums vom 26.09.2016 nachgereicht. Allen übrigen Kreistagsabgeordneten wurden diese Schreiben ebenfalls als Kopien oder elektronisch zur Kenntnis gegeben.

Herr Seyfried fragt Herrn Koeppen, ob er die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält.

Herr Koeppen stellt folgende **Zusatzfragen zur Anfrage AF/586/2016**:

„Zu der Antwort auf meine Anfrage „Breitbandausbau im Landkreis Uckermark“ ergeben sich folgende Nachfragen:

- 1. Ist dem Landrat bekannt, ob Schwedt (Oder) oder das Amt Gartz rechtliche und technische Beratung von Landesseite erhalten würde, wenn eine Einzelantragstellung erfolgen würde – Brief vom Land (Fischer)?*
- 2. Sieht der Landkreis durch das Schreiben von Staatssekretär Fischer an den Landrat vom 26. September 2016 zum Breitbandausbau in der Bundesrepublik Deutschland sichergestellt, dass das Land Kofinanzierung auch für Einzelanträge der Stadt Schwedt (Oder) und dem Amt Gartz bereitstellen würde, oder welche Rolle müsste der Landkreis bei der Antragstellung über die Bundesvorgaben hinausgehend übernehmen?*
- 3. Wie ist der derzeitige Stand der Antragserarbeitung?*
- 4. Welche Auswirkungen hat die Vektoringentscheidung der Bundesnetzagentur und damit die wahrscheinliche Einführung des 550 Meter-Radius auf die Antragstellung der Uckermark?*
- 5. Welche Aktivitäten der Landesregierung sind dem Landrat bekannt, um darauf hinzuwirken, dass auch mit der Vektoringentscheidung der Bundesnetzagentur keine Veränderung der Förderkulisse für den 3. Call des Bundesprogramms erfolgt und welche Argumente hat das Land gegenüber dem Bund vorgetragen?*

6. *Welches Kofinanzierungsvolumen wird für den Breitbandausbau in der Uckermark vom Land nach derzeitigen Berechnungen benötigt – 29 Mio. gesamt?*

7. *Wie hoch ist die gesamte wirtschaftliche Lücke für den Landkreis ohne Schwedt und Amt Gartz?*

8. *Ist die Vergabe von Teillosen abgesichert?*

9. *Ist gesichert, dass sich neben privaten TK-Betreibern auch kommunale Kabelanlagenbetreiber beteiligen können?“*

Herr Koeppen legt anschließend die Zusatzfragen zur Anfrage AF/586/2016 schriftlich vor.

Herr Stornowski nimmt mündlich Stellung und teilt u. a. mit, dass die Stadt Schwedt/Oder und das Amt Gartz (Oder) inzwischen die Planung und den Ausbau durch schriftliche Übertragung in die Hände des Landkreises gelegt hat. Somit ist die Frage nach der eigenständigen Finanzierung der genannten Gebietskörperschaften für ihn nicht mehr relevant. Zur Höhe des Anteils des Landkreises Uckermark ohne Schwedt/Oder und Gartz (Oder) kann aktuell noch nichts gesagt werden. Herr Stornowski geht aber davon aus, dass spätestens am 07.10.2016 diese Information vorliegen wird, da sie dann an das Land weiter gegeben werden muss. Eine mögliche Vergabe in Teillosen hält Herr Stornowski für unproblematisch, weist jedoch darauf hin, dass hierüber letztendlich der Landkreis als Gebietskörperschaft entscheidet. Er teilt mit, dass in diesem Zusammenhang auch die kommunalen Gegebenheiten, wie die Stadtwerke Schwedt (Oder) oder andere Berücksichtigung finden sollen. Zur Kofinanzierungsvolumen weist Herr Stornowski auf die bereits bekannte Summe von 29 Mio. € hin und teilt mit, dass es die Aussage gibt, dass weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden und das Land signalisiert hat, dass die Kofinanzierung des nächsten Calls gewährleistet werden kann. Zur Frage des Vektorings merkt Herr Stornowski an, dass dieses bei der Antragstellung gleich berücksichtigt werden wird, er jedoch nicht davon ausgeht, dass 15 Mio. € ausreichen werden, sondern die Höchstförderung eines Antrages von 30 Mio. € für den Landkreis einschließlich Schwedt/Oder und Gartz (Oder) erreicht werden wird.

**zu TOP 6.3: Lückenschließung "Uckermärkischer Radrundweg" zwischen Blumenhagen-Vierraden-Schwedt
AF/587/2016**

Herr Seyfried teilt mit, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Zwischenantwort vom 06.09.2016 sowie eine abschließende Antwort vom 21.09.2016 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsabgeordneten diese Schreiben ebenfalls als Kopien oder elektronisch zur Kenntnis gegeben wurden.

Er fragt Herrn Koeppen, ob er die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält, was von Herrn Koeppen bestätigt wird.

**zu TOP 6.4: Dienstaufsichtsbeschwerden
AF/588/2016**

Herr Seyfried weist darauf hin, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 09.09.2016 sowie auf seine weiteren Nachfragen eine nochmalige schriftliche Antwort vom 20.09.2016 erhalten hat. Allen übrigen Kreistagsabgeordneten wurden diese Schreiben ebenfalls in Kopie oder elektronisch zur Kenntnis gegeben.

Er fragt Herrn Weide, ob er die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält, was von Herrn Weide bestätigt wird.

**zu TOP 6.5: Hauptamtlicher Integrationsbeauftragter
AF/589/2016**

Herr Seyfried weist darauf hin, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 12.09.2016 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsabgeordneten diese Antwort ebenfalls als Kopie oder elektronisch zur Kenntnis gegeben wurde.

Er fragt Herrn Weide, ob er die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält, was von Herrn Weide bestätigt wird.

**zu TOP 6.6: Asylsituation im Landkreis Uckermark
AF/590/2016**

Herr Seyfried weist darauf hin, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 15.09.2016 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsabgeordneten diese Antwort ebenfalls als Kopie oder elektronisch zur Kenntnis gegeben wurde.

Er fragt Herrn Weide, ob er die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält, was von Herrn Weide bestätigt wird.

**zu TOP 6.7: Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und Kreisverwaltung
Uckermark
AF/591/2016**

Herr Seyfried weist darauf hin, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 23.09.2016 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsabgeordneten diese Antwort ebenfalls als Kopie oder elektronisch zur Kenntnis gegeben wurde.

Er fragt Herrn Weide, ob er die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält.

Herr Weide stellt folgende **Zusatzfrage zur Anfrage AF/591/2016**:

„In Ihrer schriftlichen Antwort auf meine Anfrage teilten Sie mir mit, dass die Mitarbeiter der Kreisverwaltung im Hinblick auf eine eventuelle Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit durch den damaligen Landrat überprüft worden sind, und dass man keine konkreten Aussagen machen kann, da die

entsprechenden Unterlagen unter Verschluss gehalten wurden. Bitte beantworten Sie in diesem Zusammenhang folgende Frage:

1. Existieren überhaupt noch diese Unterlagen bei der Kreisverwaltung Uckermark? Wenn ja, könnte man Einblick in diese Unterlagen bekommen?“

Herr Seyfried weist darauf hin, dass die Zusatzfrage schriftlich beantwortet wird.

(Herr Bischoff kommt um 14:21 Uhr.)

**zu TOP 6.8: Notunterkunft für Asylbewerber in der ehemaligen "Ehm-Welk-Grundschule" in Schwedt/Oder
AF/592/2016**

Herr Seyfried weist darauf hin, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 15.09.2016 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsabgeordneten diese Antwort ebenfalls als Kopie oder elektronisch zur Kenntnis gegeben wurde.

Er fragt Herrn Weide, ob er die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält, was von Herrn Weide bestätigt wird.

**zu TOP 6.9: Schülerverkehr im Landkreis Uckermark
Vorlage: AF/593/2016**

Herr Seyfried weist darauf hin, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 20.09.2016 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsabgeordneten diese Antwort ebenfalls als Kopie oder elektronisch zur Kenntnis gegeben wurde.

Er fragt Frau Wenzel, ob sie die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält.

Frau Wenzel bedankt sich für die umfangreiche Beantwortung ihrer Anfrage und kündigt zur nächsten Sitzung des KBSA am 16.11.2016 weitere schriftliche Anfragen in diesem Zusammenhang an.

**zu TOP 6.10: Perspektive der Notunterkunft in der Brüssower Allee in Prenzlau und in der Berliner Str. in Prenzlau
Vorlage: AF/595/2016**

Herr Seyfried weist darauf hin, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 20.09.2016 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsabgeordneten diese Antwort ebenfalls als Kopie oder elektronisch zur Kenntnis gegeben wurde.

Er fragt Herrn Meyer, ob er die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält.

Herr Meyer stellt folgende **Zusatzfrage zur Anfrage AF/595/2016:**

„Gibt es einen Termin, wann die Unterkunft in der Brüssower Allee geschlossen wird?“

Herr Meyer legt die Zusatzfrage zur Anfrage AF/595/2016 anschließend schriftlich vor.

Herr Fillbrunn teilt mit, dass es noch keinen konkreten Termin für eine Schließung gibt, er jedoch davon ausgeht, dass bei der derzeitigen Entwicklung der Zugangszahlen nicht von mittelfristiger, sondern von zeitnaher Schließung gesprochen werden kann. Herr Fillbrunn merkt an, dass er dem Bürgermeister der Stadt Prenzlau in einem Gespräch versichert hat, dass er ihn rechtzeitig vor einer endgültigen Schließung informieren wird.

zu TOP 6.11: Stellungnahme zum Entwurf LEP HR
Vorlage: AF/597/2016

Herr Seyfried weist darauf hin, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 21.09.2016 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsabgeordneten diese Antwort ebenfalls als Kopie oder elektronisch zur Kenntnis gegeben wurde.

Er fragt Herrn Dr. Gerlach, ob er die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält, was von Herrn Dr. Gerlach bestätigt wird.

zu TOP 7: Anträge an den Kreistag

zu TOP 7.1: Neubesetzung eines Mitgliedes im Beirat der ICU
Vorlage: AN/583/2016

„Der Kreistag wählt Herrn Volkhard Maaß als Mitglied des Beirates in der ICU in der Nachfolge für Herrn Christian Hernjokl.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 7.2: Vergabe von Fördermitteln für die Uckermärkische Musik- und Kunstschule Angermünde (UMKS)
Vorlage: AN/594/2016/1

Herr Banditt wirbt u.a. für eine Beschlussfassung zum Antrag AN/594/2016/1 in der heutigen Sitzung, um Planungssicherheit für die Kunst- und Musikschule Angermünde (UMKS) zu bekommen.

Herr Bretsch weist auf den einstimmigen Beschluss des Kultur-, Bildungs- und Sportausschuss (KBSA) vom 14.09.2016 hin, den vorliegenden Antrag zunächst in erster Lesung zu behandeln und erst im Dezember-Kreistag darüber zu beschließen. Als Begründung wurde angeführt, dass erst die Höhe der Mitfinanzierung seitens des Landes und der Stadt Angermünde geklärt werden sollte, um dann eine gründliche Entscheidung zur finanziellen Beteiligung des Landkreises an der UMKS Angermünde treffen zu können.

Herr Neumann (SPD) macht auf die ausführliche Diskussion in den Sitzungen des KBSA und des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung (FRA) aufmerksam und plädiert dafür, den Antrag erst in den nächsten Sitzungen des KBSA und des FRA im November 2016 zu bevoten.

Herr Neumann (CDU) ist der Auffassung, dass sich die CDU-Fraktion sehr gründlich mit dem Thema beschäftigt hat und hält die UMKS Angermünde als eine der wenigen anerkannten Musikschulen der Uckermark für würdig, entsprechend gefördert zu werden. Er spricht sich deshalb dafür aus, schon heute über den vorgeschlagenen höheren Rahmen der Förderung zu beschließen.

„Der Kreistag beschließt, dass ein jährlicher Zuschuss für die Uckermarkische Musik- und Kunstschule F.-W.-von-Redern Angermünde in Höhe von 25.000 € für die Jahre 2017 - 2019 gewährt wird.“

Abstimmungsergebnis: Ja: 12 Nein: mehrheitlich Enthaltungen: 4

Damit ist der Antrag AN/594/2016/1 mehrheitlich abgelehnt.

**zu TOP 7.3: Vorsorge für Erhöhung Personalkostenzuschuss Kitas
Vorlage: AN/598/2016**

Herr Dr. Gerlach weist auf die seitens der Landesregierung angekündigte Förderung der Kindertagesstätten in Höhe von 70 Mio. € hin, von denen 15 Mio. € zur Entlastung der Eltern eingesetzt werden sollen. Er hält dieses für ein gutes Zeichen in die Beitragsfreiheit. Herr Dr. Gerlach ist der Meinung, dass auch der Landkreis einen finanziellen Schritt in diese Richtung tun sollte, da die stark verbesserte Haushaltslage des Landkreises dieses seiner Meinung nach erlaubt. Er bittet darum, dass der Kreistag grundsätzlich zustimmt, dass der Landkreis selbst auch einen Beitrag in Richtung Beitragsfreiheit tut und dafür Vorsorge im Haushalt trifft.

Herr Scheffel möchte wissen, warum dieser Antrag nicht in die Ausschüsse gekommen ist. Er ist der Meinung, dass er dort zunächst hätte beraten werden müssen, bevor er im Kreistag zur Abstimmung steht.

Herr Dr. Gerlach merkt an, dass es sich vorliegend um einen Beschluss handelt, Vorsorge im Haushalt zu treffen, um sich dann in den Ausschüssen mit diesem Thema zu befassen. Er möchte nur wissen, ob es hier eine grundsätzliche Bereitschaft gibt, hier etwas zu tun oder nicht.

„Im Haushalt 2017/2018 wird vorsorglich ein Betrag von 2 Mio. Euro pro Jahr für eine spätere Entscheidung zur Anhebung des Personalkostenzuschusses an die Kindertagesstätten über das bestehende gesetzliche Maß hinaus eingestellt.“

Abstimmungsergebnis: Ja: 17 Nein: mehrheitlich Enthaltungen: 3

Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

**zu TOP 7.4: Wahl eines weiteren stellvertretenden Mitgliedes für Herrn Jürgen Mittelstädt, Fraktion Bauern-Ländlicher Raum (BLR), in den Kreisausschuss
Vorlage: AN/601/2016**

Herr Seyfried bittet die Kreistagsmitglieder, die Wahl durch offenen Wahlbeschluss vorzunehmen.

„Der Kreistag wählt Herrn Rainer Kormann als weiteres stellvertretendes Mitglied für Herrn Jürgen Mittelstädt, Fraktion Bauern-Ländlicher Raum (BLR), in den Kreisausschuss.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 7.5: Benennung weiterer stellvertretender Mitglieder für die beratenden Ausschüsse des Kreistages auf Sitz der Fraktion Bauern-Ländlicher Raum (BLR)

Vorlage: AN/602/2016

„1. Die Fraktion Bauern-Ländlicher Raum (BLR) benennt folgende weitere stellvertretende Mitglieder für die Ausschüsse des Kreistages auf Sitz der Fraktion Bauern-Ländlicher Raum (BLR):

Ausschuss für Regionalentwicklung (REA): Herr Rainer Kormann

Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport (KBSA): Herr Jürgen Mittelstädt

Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit (ASGA): Herr Rainer Kormann

Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung (FRA): Herr Achim Rensch

2. Der Kreistag stellt die geänderte Stellvertreterregelung durch deklaratorischen Beschluss fest.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 8: Abberufung des hauptamtlichen Integrationsbeauftragten für den Landkreis Uckermark

Vorlage: BV/563/2016

„Der Kreistag beruft Herrn Mazierullah Qaderi von seiner Funktion als hauptamtlicher Beauftragter zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund (Integrationsbeauftragter) zum 30.06.2016 ab.“

Abstimmungsergebnis: Ja: mehrheitlich Nein: 2 Enthaltung: 1

zu TOP 9: Änderung der Mitglieder des Beirates für Migration und Integration

Vorlage: BV/565/2016

„Der Kreistag benennt auf der Grundlage des § 131 Abs. 1 i. V. m. § 19 Abs. 2 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) und § 17 Abs. 4 Hauptsatzung des Landkreises Uckermark (Hauptsatzung) die in der Anlage aufgeführten Vertreter als Mitglieder des Beirates für Migration und Integration (Integrationsbeirat) für die noch verbleibende Dauer der 5. Wahlperiode des Kreistages Uckermark.

Anlage zur BV/565/2016:*Beirat für Migration und Integration (Integrationsbeirat) Landkreis Uckermark*

	Name	Anschrift (postalisch erreichbar)
1.	<i>Herr Frank Fillbrunn</i>	<i>Kreisverwaltung Uckermark 2. Beigeordneter Karl-Marx-Str. 1 17291 Prenzlau</i>
2.	<i>Herr Wolfgang Banditt</i>	<i>Kreisverwaltung Uckermark CDU-Fraktion Karl-Marx-Str. 1 17291 Prenzlau</i>
3.	<i>Frau Annette Clauß</i>	<i>Stadt Schwedt/Oder / Ehrenamtliche Integrationsbeauftragte, Lin- denallee 25 -29, 16303 Schwedt/O</i>
4.	<i>Frau Catrin Grambauer</i>	<i>Stadt Angermünde / Sachbereich Bildung und Kindereinrichtungen Markt 24 16278 Angermünde</i>
5.	<i>Herr Jürgen Hoppe</i>	<i>Kreisverwaltung Uckermark SPD/BVB-Fraktion Karl-Marx-Str. 1 17291 Prenzlau</i>
6.	<i>Herr Jürgen Kreßmann</i>	<i>Polizeiinspektion Uckermark / Leiter Wallgasse 4 17291 Prenzlau</i>
7.	<i>Herr Reinhard Mahnke</i>	<i>Johanniter-Unfallhilfe e. V. Berliner Straße 45 16278 Angermünde</i>
8.	<i>Frau Karin Villmer</i>	<i>Johanniter-Unfallhilfe e. V. Berliner Straße 45 16278 Angermünde</i>
9.	<i>Herr Jürgen Mittelstädt</i>	<i>Kreisverwaltung Uckermark Fraktion BLR Karl-Marx-Str. 1 17291 Prenzlau</i>
10.	<i>Frau Kerstin Piper</i>	<i>Volkssolidarität Landesverband Brandenburg, Kreisverband Uckermark</i>
11.	<i>Herr Gerd Regler</i>	<i>Kreisverwaltung Uckermark Fraktion FDP Karl-Marx-Str. 1 17291 Prenzlau</i>
12.	<i>Herr Gerhard Rohne</i>	<i>Kreisverwaltung Uckermark Fraktion DIE LINKE Karl-Marx-Str. 1 17291 Prenzlau</i>
13.	<i>Herr Mayk Saborosch</i>	<i>Stadtverwaltung Templin Stabsstelle Demokratie und Toleranzentwicklung Prenzlauer Allee 7 17268 Templin</i>

14.	Herr Dr. Gernot Schwill	Kreisverwaltung Uckermark Fraktion Grüne/RdUM Karl-Marx-Str. 1 17291 Prenzlau
15.	Frau Hanne Thoma	RAA Angermünde Niederlassung für die Landkreise Barnim und Uckermark Berliner Str. 77, 16278 Angermünde
16.	Frau Michaela Werner- Meißner	Stadtverwaltung Prenzlau Integrationsbeauftragte Am Steintor 4 17291 Prenzlau“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig Enthaltungen: 2

zu TOP 10: Terminplanung 2017 für Sitzungen des Kreistages und der Ausschüsse

Vorlage: BR/552/2016

„Der Kreistag nimmt die Terminplanung 2017 für Sitzungen des Kreistages und der Ausschüsse gemäß Anlage zur Kenntnis.“

zu TOP 11: Institutionelle Förderung des Multikulturellen Centrums (MKC) Templin.

Vorlage: BV/579/2016

„Der Kreistag beschließt eine jährliche institutionelle Zuwendung an das MKC Templin in Höhe von 35 T€ für Personal- und Sachkosten für die Jahre 2017-2019.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig: Enthaltungen: 2

zu TOP 12: Vergabe von Fördermitteln 2016 für Investitionen des Multikulturellen Centrums (MKC) Templin entsprechend der Richtlinie für die Vergabe von Zuwendungen zur Förderung von Kunst und Kultur im Landkreis Uckermark

Vorlage: BV/580/2016

„Der Kreistag beschließt die Vergabe von Fördermitteln 2016 für Investitionen des MKC (Aktenzeichen 8000K22-04/2016) aus dem Fond der o.g. Richtlinie in Höhe von 35.000 €.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig Enthaltungen: 2

zu TOP 13: Änderung des Stellenplanes 2016

Vorlage: BV/554/2016

„1. Der Kreistag beschließt die Änderung des Stellenplans 2016 insoweit, als dass die Bewertung der Stelle „Gesundheitsaufseher“ im Gesundheits- und Veterinäramt von der Vergütungsgruppe V1b des Tarifvertrages für Angestellte in medizinischen Hilfsberufen (EG 6 TVöD) nach Vergütungsgruppe Vc des Tarifvertrages für Angestellte in medizinischen Hilfsberufen (EG 8 TVöD) verändert wird.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

**zu TOP 14: Generelle Genehmigung von Auslandsdienstreisen des Landrates
Vorlage: BV/555/2016**

„Der Kreistag beschließt,

1. dass alle Dienstreisen des Landrates innerhalb der EU als generell genehmigt gelten,
2. alle darüber hinausgehenden Auslandsdienstreisen des Landrates einer vorherigen Genehmigung des Kreisausschusses bedürfen,
3. dass der Beschluss vom 26.04.2006 (BV/33/2006) mit sofortiger Wirkung aufgehoben wird.“

Abstimmungsergebnis: Ja: mehrheitlich Nein: 2

**zu TOP 15: Entlastung der einzelnen Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse Uckermark für den Jahresabschluss 2015
Vorlage: BV/551/2016**

Der Landrat, Herr Bretsch, Herr Rohne, Herr Suhr und Herr Mittelstädt erklären ihre Befangenheit und nehmen nicht an der Beratung und Beschlussfassung zum vorliegenden Tagesordnungspunkt teil.

Herr Seyfried weist darauf hin, dass der Kreistag über die Entlastung jedes Mitgliedes des Verwaltungsrates der Sparkasse Uckermark einzeln zu beschließen hat. Er ruft anschließend die Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse Uckermark der Reihe nach auf und lässt einzeln über deren Entlastung für den Jahresabschluss 2015 abstimmen.

Die einzelnen Abstimmungsergebnisse lauten:

		JA	NEIN	ENTHALTUNG
1.	Herr Dietmar Schulze Vorsitzender	<i>einstimmig</i>	-	-
2.	Herr Henryk Wichmann Mitglied des Kreistages	<i>einstimmig</i>	-	-
3.	Herr Frank Bretsch Mitglied des Kreistages	<i>einstimmig</i>	-	-
4.	Herr Gerhard Rohne Mitglied des Kreistages	<i>einstimmig</i>	-	-
5.	Herr Dr. Alexander Genschow Mitglied des Kreistages	<i>einstimmig</i>	-	-
6.	Herr Thomas Simon weiteres Mitglied (sachkundiger Bürger)	<i>einstimmig</i>	-	-
7.	Herr Manfred Suhr weiteres Mitglied (sachkundiger Bürger)	<i>einstimmig</i>	-	-
8.	Frau Karola Wöhner weiteres Mitglied (sachkundige Bürgerin)	<i>einstimmig</i>	-	-
9.	Frau Ines Bolle Vertreterin der Beschäftigten	<i>einstimmig</i>	-	-
10.	Herr Dirk Derlat Vertreter der Beschäftigten	<i>einstimmig</i>	-	-
11.	Frau Katrin Sanft Vertreterin für die Beschäftigten	<i>einstimmig</i>	-	-

12.	Herr Marko Kath Vertreter für die Beschäftigten	<i>einstimmig</i>	-	-
13.	Herr Jürgen Mittelstädt Stellvertreter für ein Mitglied des Kreistages	<i>einstimmig</i>	-	-
14.	Frau Bianca Karstädt Stellvertreterin für die weiteren Mitglieder (sachkundige Bürgerin)	<i>einstimmig</i>	-	-
15.	Frau Angelika Lötze Stellvertreterin für die Beschäftigten	<i>einstimmig</i>	-	-

„Der Kreistag beschließt die Entlastung der einzelnen Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse Uckermark (s. Anlage) für den Jahresabschluss 2015 gemäß § 6 Abs. 2 Nr. 5 in Verbindung mit § 26 Abs. 4 Brandenburgisches Sparkassengesetz.“

Abstimmungsergebnis: Ja: *einstimmig*

Folgende Mitglieder wurden entlastet:

Herr Dietmar Schulze, Herr Henryk Wichmann, Herr Frank Bretsch, Herr Gerhard Rohne, Herr Dr. Alexander Genschow, Herr Thomas Simon, Herr Manfred Suhr, Frau Karola Wöhner, Frau Ines Bolle, Herr Dirk Derlat, Frau Katrin Sanft, Herr Marko Kath, Herr Jürgen Mittelstädt, Frau Bianca Karstädt, Frau Angelika Lötze

Der Landrat, Herr Bretsch, Herr Rohne, Herr Suhr und Herr Mittelstädt nehmen wieder an der Beratung teil.

zu TOP 16: Berichterstattung gemäß § 29 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung zum Haushaltsjahr 2015

Vorlage: BR/556/2016

„Der Kreistag nimmt die Berichtserstattung gemäß § 29 Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung zum Haushaltsjahr 2015 zur Kenntnis.“

zu TOP 17: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im II. Quartal 2016

Vorlage: BR/557/2016

„Die aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im II. Quartal 2016 werden zur Kenntnis genommen.“

zu TOP 18: Bemessung des Ausgleichs für die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung auf Grundlage des Verkehrsvertrages

Vorlage: BV/564/2016

Herr Weide möchte wissen, ob sich die Reduzierung des Fahrplanangebotes nachteilig auf die Bürger auswirken wird.

Herr Brandenburg weist auf die vorgesehenen Einsparungen in Höhe von 500 T Fahrplankilometern hin, die auch Auswirkungen haben werden. Er merkt an, dass es jetzt darum geht, ein Konzept zu entwickeln, wie maßvoll damit umgegangen wird. So sollen u.a. Parallel- und Doppelverkehre analysiert werden. Herr Brandenburg kündigt an, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung (REA) über jede vorgesehene Änderung zu berichten.

Herr Dr. Schwill fragt nach der Schmerzgrenze und weist darauf hin, dass jetzt schon kleinere Siedlungen wie Alt Placht überhaupt nicht mehr angefahren werden und auch nicht mit dem Rufbus erreicht werden können.

Herr Brandenburg merkt an, dass die Schmerzgrenze der vom Kreistag beschlossene Nahverkehrsplan ist.

Herr Dr. Gerlach plädiert u.a. dafür, erst klarzustellen, wo gekürzt werden soll, dann den Vertrag mit der Uckermärkischen Verkehrsgesellschaft mbH (UVG) zu ändern und dann zu kürzen.

Herr Dr. Gerlach ist der Auffassung, dass die Beschlussvorlage die notwendige Reihenfolge der Dinge umkehrt, in dem erst die notwendigen finanziellen Zuwendungen gekürzt werden sollen, ohne deren Auswirkungen darzustellen und zu bewerten. Er ist der Meinung, dass der UVG nicht ohne Vertragsänderung die finanziellen Zuwendungen gekürzt werden können. Herr Dr. Gerlach legt einen entsprechenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion vor mit der Bezeichnung:

Kürzung ÖPNV-Angebot / BV/564/2016
Antrag: ÄA/0024/2016

Herr Poppe weist darauf hin, dass vorliegend keine Kürzung, sondern ein wesentlich höherer Zuschuss an die UVG beschlossen werden soll, als sie ihn jemals bekommen hat. Ungeachtet des bestehenden Vertrages mit der UVG hält es Herr Poppe für legitim, immer wieder mal zu hinterfragen, ob das vorgehaltene Angebot an Buslinien von den Bürgerinnen und Bürgern auch angenommen und benutzt wird. Er hält die vorgesehenen Einsparungen von 500 T Fahrplankilometern für eine Zielgröße aber noch nicht für ein Ergebnis, dass heute beschlossen werden soll.

Herr Koeppen plädiert für den vorliegenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion und weist u. a. darauf hin, dass das Land Brandenburg das einzige Bundesland ist, das keinen Zuschuss für den ÖPNV bereitstellt.

Herr Banditt weist auf den besonderen Aufwand bei der Beförderung von behinderten und solchen Kindern und Jugendlichen mit bestimmten Förderbedarfen hin und fragt, wie man in diesem Zusammenhang den Bürgerinnen und Bürgern die beabsichtigten Kürzungen erklären soll.

Frau Bader weist auf die ausführlichen Diskussionen zum Verkehrsvertrag in den Ausschüssen hin, in denen ihrer Meinung nach über Einsparungen und Vorschläge hätte diskutiert werden müssen. Sie kritisiert, dass erst nach Beschluss des Verkehrsvertrages über Einsparungen diskutiert wird, da nicht das Geld für das vorhanden sei, was man beschlossen hat. Frau Bader kündigt an, dass die Fraktion Grüne/RdUM dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion ÄA/0024/2016 zustimmen wird.

Herr Neumann (SPD) weist auf die einstimmigen Voten zur Beschlussvorlage BV/364/2016 im FRA und im Kreisausschuss hin, wobei im KBSA auch darüber diskutiert wurde, dass Individualverkehr und die Beförderung von Personen mit bestimmten Förderbedarfen unterschiedlich zu betrachten sind und auch unterschiedlich finanziert werden. Herr Neumann macht darauf aufmerksam, dass die beabsichtigten 500 T Fahrplankilometer Einsparungen beim Individualverkehr bereits im Aufsichtsrat und auch in der SPD-Fraktion kommuniziert wurden, was auch anderswo auf Nachfrage hätte erfolgen können.

Herr Dr. Gerlach kritisiert u. a. dass die Absicht zu kürzen bereits seit einem Jahr besteht, wobei die Beschlussvorlage BV/364/2016 erst als Tischvorlage zur Sitzung des FRA am 20.09.2016 den Kreistagsabgeordneten zugegangen ist, ohne dass die Fraktionen sich hätten hierzu beraten können.

Herr Meyer warnt vor einer Zustimmung zur Beschlussvorlage BV/364/2016, da er der Auffassung ist, dass der Landkreis die moralische und gesetzliche Verpflichtung gegenüber der Bevölkerung hat, den ÖPNV insbesondere im ländlichen Bereich am Leben zu erhalten.

Frau Wenzel weist u.a. darauf hin, dass es vorliegend um den ÖPNV im Allgemeinen geht, der nicht mit dem Spezialverkehr und dem Schülerverkehr verwechselt werden darf, der im Rahmen des ÖPNV auch geregelt wird.

Herr Brandenburg macht mit Blick auf den vorliegenden Haushalt u. a. darauf aufmerksam, dass die vorliegende Beschlussvorlage nichts mit Schülerverkehr zu tun hat.

Herr Koeppen möchte vom Landrat wissen, ob er sich schon mal über den Landkreistag oder den Städte- und Gemeindebund an die Landesregierung gewandt hat, warum Brandenburg das einzige Bundesland ist, dass keinen Zuschuss für den ÖPNV bereitstellt.

Der Landrat teilt mit, dass sich der Landkreis Uckermark über den Landkreistag Brandenburg bereits mehrfach zu diesem Thema an die Landesregierung gewandt hat. Er weist auch auf die vorliegende Beschlussvorlage hin, mit der nicht wie bisher 2,35 Mio. €, sondern 3,9 Mio. € als jährlicher Ausgleich für die Beförderungsangebote gemäß den Vorgaben des Verkehrsvertrages beschlossen werden soll.

Herr Seyfried bittet zunächst über den Änderungsantrag ÄA/0028/2016 und anschließend über die Beschlussvorlage BV/364/2016 abzustimmen.

Abstimmung zum Änderungsantrag ÄA/0024/2016:

„Der Landrat wird beauftragt, zunächst einen Vorschlag für Änderungen des ÖPNV-Angebots vorzulegen mit allen Folgewirkungen, der in den Ausschüssen und mit den betroffenen Gemeinden zu beraten ist und nach positivem Ergebnis dem Kreistag zum Beschluss vorzulegen ist. Eventuelle Änderungen werden erst ab dem Jahr 2018 wirksam.“

Abstimmungsergebnis: Ja: 19 Nein: mehrheitlich Enthaltungen: 3

Damit ist der Änderungsantrag ÄA/0024/2016 mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmung zur Beschlussvorlage BV/364/2016:

„Der Kreistag beschließt einen Ausgleich für die Beförderungsangebote gemäß den Vorgaben des Verkehrsvertrages in Höhe von 3,9 Mio. €. Der Landrat wird beauftragt ein Fahrplanangebot zu erstellen, das den Vorgaben des Nahverkehrsplanes und den zur Verfügung stehenden Mitteln entspricht.“

Abstimmungsergebnis: Ja: mehrheitlich Nein: 12 Enthaltungen: 6

zu TOP 19: Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Aufstellung und den Betrieb der Schnelleinsatzgruppe Führungsunterstützung zwischen dem Landkreis Uckermark und dem Landkreis Barnim
Vorlage: BV/559/2016

„Der Kreistag beschließt die „Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Aufstellung und den Betrieb der Schnelleinsatzgruppe Führungsunterstützung zwischen dem Landkreis Uckermark und dem Landkreis Barnim“ gemäß Anlage.“

Abstimmungsergebnis: Ja: mehrheitlich Nein: 2

zu TOP 20: Breitbandausbau im Landkreis Uckermark
Vorlage: BV/575/2016

Herr Koeppen hinterfragt, inwieweit sichergestellt ist, dass das Amt Gartz mit Hilfe des Beratervertrages des Landkreises in den 4. Call der Fördermittelbeantragung kommt, sollte es dem Amt Gartz (Oder) nicht gelingen, den Termin für den 3. Call am 28.10.2016 für die eigene Fördermittelbeantragung beim Bund einzuhalten.

Herr Scheffel weist auf die Beratung in der Sitzung des REA am 12.09.2016 hin, in der sich die Ausschussmitglieder ausdrücklich dafür ausgesprochen haben, dass das Amt Gartz bei der weiteren Förderung des Breitbandausbaus im Landkreis nicht außen vor gelassen werden darf. Dieses wurde seitens der Verwaltung auch zugesichert.

Der Landrat weist darauf hin, dass es seinerzeit keine Rückinformation seitens des Amtes Gartz (Oder) auf die Anfrage des Landkreises gegeben hat, ob der Landkreis den weiteren Breitbandausbau für das Amt Gartz (Oder) machen soll. Außerdem ist in der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg geregelt, dass die Kommunen für die Breitbandversorgung zuständig sind. Ungeachtet dessen teilt der Landrat mit, dass inzwischen auch die Stadt Schwedt/Oder und das Amt Gartz (Oder) den Landkreis schriftlich beauftragt haben, für sie bezüglich des weiteren Breitbandausbaus tätig zu werden. Der Landrat zeigt sich erfreut, dass nunmehr der Landkreis einheitlich handeln kann und hofft, dass zum 3. Call am 28.10.2016 die gemeinsame Fördermittelbeantragung des Landkreises einschließlich Gartz (Oder) und Schwedt/Oder gelingen wird.

Der Kreistag beschließt:

- „1. Der Landrat wird ermächtigt, Kooperationserklärungen bzw. ggf. öffentlich-rechtliche Verträge mit den Gemeinden abzuschließen, sofern eine Übertragung von Aufgaben an den Landkreis notwendig ist.*
- 2. Der Landrat wird beauftragt, den Förderantrag gemäß der Richtlinie des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur vom 22.10.2015 „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ für den weiteren Ausbau von leistungsfähigen Breitbandanschlüssen im Landkreis Uckermark in der laufenden 3. Förderrunde bis zum 28.10.2016 einzureichen.*
- 3. Der Landrat wird beauftragt, die notwendigen finanziellen Mittel für den Breitbandausbau im Landkreis Uckermark in den Haushaltsjahren 2017, 2018 und 2019 einzustellen.“*

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 21: Bericht 1. Halbjahr 2016 - BuT-Berichterstattung
Vorlage: BR/568/2016

Herr Koeppen stellt angesichts der für ihn nicht befriedigenden Zahl von Antragstellern mehrere Nachfragen. Er möchte u. a. wissen, wie das Jobcenter mit den Anträgen und den Förderungen umgeht und ob es entsprechende Informationen oder Werbung für dieses Programm gibt. Herr Koeppen hinterfragt, wie man die Kinder der betreffenden Familien in die Teilhabe hinein bekommt und was man tun kann, um die vorliegenden Zahlen zu verbessern.

Zur Frage der Rückstellung und der aufgetauchten Differenz von 131 T€ zwischen Antragstellern und den tatsächlichen Ausreichungen über das Land Brandenburg möchte Herr Koeppen wissen, wie der Ausgleich durch das Land Brandenburg sichergestellt ist und der Landkreis das Geld bekommt, was ihm zusteht.

Der Landrat weist darauf hin, dass ein Ausgleich seitens des Landes, trotz zahlreicher Bemühungen von Landtagsabgeordneten aus der Uckermark, bisher noch nicht sichergestellt ist. Er weist auch auf die noch nicht befriedigenden Zahlen bei der Inanspruchnahme von Bildung und Teilhabe hin, die ihre Ursachen u.a. in bürokratischen Hürden bei der Gesetzesformulierung haben, macht aber gleichzeitig darauf aufmerksam, dass im Landkreis Uckermark die Mittel für Bildung und Teilhabe im Landesdurchschnitt überdurchschnittlich in Anspruch genommen werden. Der Landrat nimmt noch Bezug auf die Diskussionen in den Fachausschüssen, wonach seitens des Jobcenters immer wieder an die Eltern, die Kitas und die Schulen herangetreten wird, um die Inanspruchnahmen am Programm Bildung und Teilhabe zu erhöhen.

„Die Mitglieder des Kreistages nehmen den Bericht des Jobcenters Uckermark für das erste Halbjahr 2016 sowie zum Bildungs- und Teilhabepaket (erstes Halbjahr 2016) zur Kenntnis.“

zu TOP 22: Konzept zur Unterbringung und Integration von Asylbewerbern, Flüchtlingen und bleibeberechtigten Ausländern
Vorlage: BV/524/2016/1

Herr Weide teilt mit, dass sich die NPD-Kreistagsmitglieder gegen die vorliegende Beschlussvorlage aussprechen, da keine Kosten für dieses Konzept vorliegen und eine Kostenübernahme durch das Land unklar ist. Er kündigt an, dass die NPD-Kreistagsmitglieder gegen das Konzept zur Unterbringung und Integration von Asylbewerbern, Flüchtlingen und bleibeberechtigten Ausländern stimmen werden.

Herr Dr. Gerlach stellt inhaltliche Nachfragen zur Berichtsvorlage, wie z.B. zur Unterbringung in Wohnungen und zur Bleibeperspektive von Asylbewerbern. Da er hierzu keine entsprechenden Informationen in der Beschlussvorlage finden kann, kündigt er an, sich bei der Abstimmung der Stimme zu enthalten.

Herr Rohne informiert, dass sich der Integrationsbeirat in seiner letzten Sitzung auch mit der Beschlussvorlage befasst hat und zu der Auffassung gelangt ist, dass das vorliegende Konzept die Weiterführung des vom Kreistag 2014 beschlossenen Integrationsleitbildes darstellt. Er spricht dem Jobcenter unter Leitung von Herrn Ulrich seinen Dank für die seit 2014 in diesem Zusammenhang geleistete Arbeit aus. Herr Rohne plädiert dafür, dass sich der Kreistag im Rahmen einer Beschlussvorlage zur

Unterbringung und Integration von Asylbewerbern, Flüchtlingen und bleibeberechtigten Ausländern positioniert.

Der Landrat nimmt zu den Nachfragen Herrn Dr. Gerlachs Stellung und merkt an, dass nicht private, sondern kommunale Vermieter bei der Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen im Vordergrund stehen. Zur Bleibeperspektive von Asylbewerbern weist der Landrat auf die Langzeitarbeitslosigkeit im Landkreis hin und darauf, dass nicht genügend Arbeitsplätze wie in anderen Landkreisen zur Verfügung stehen.

Herr Banditt teilt mit, dass seitens der CDU-Fraktion keine durchgängige Zustimmung zur Beschlussvorlage gegeben werden kann, da inhaltlich nicht mit allen Punkten des Konzeptes mitgegangen werden kann.

Der Landrat merkt an, dass er es für besser gehalten hätte, über entsprechende Verbesserungsvorschläge oder Bedenken zum Inhalt der Beschlussvorlage bereits in den Fachausschüssen zu diskutieren, als erst im Kreistag.

Herr Regler plädiert dafür, das von der Verwaltung erarbeitete Konzept zunächst auf den Weg zu bringen und später dann zu evaluieren.

Herr Dr. Gerlach bittet im Hinblick auf die Verteilung von Asylbewerbern nicht nur darauf zu schauen, wie die Unterbringung erfolgt, sondern auch auf mögliche Bleibeperspektiven in der Region zu achten.

Der Landrat teilt mit dass die Verteilung von Asylbewerbern nach dem „Königsteiner Schlüssel“ erfolgt und dass daran seitens des Landkreises auch nichts geändert werden kann. Gerade weil es Probleme hinsichtlich Bleibeperspektive oder Arbeitsplatzbereitstellung in den Landkreisen gibt, haben sich alle Landräte im Land Brandenburg dafür ausgesprochen, keinen Gebrauch von der Möglichkeit der Inanspruchnahme der Wohnsitzauflage für Asylbewerber zu machen, was von der Landesregierung auch mitgetragen wird.

Herr Seyfried kündigt um 16:23 Uhr eine Pause bis 16:35 Uhr an.

„Der Kreistag beschließt das Konzept zur Unterbringung und Integration von Asylbewerbern, Flüchtlingen und bleibeberechtigten Ausländern.“

Abstimmungsergebnis: Ja: mehrheitlich Nein: 2 Enthaltungen: 7

zur Kenntnis genommen:

gez. Wolfgang Seyfried
Vorsitzender des Kreistages

gez. Dietmar Schulze
Landrat

gez. Wolfgang Gerhardt
Schriftführer